Dr. Angelika Zahrnt
Vorsitzende

angelika.zahrnt@bund.r

Datum: 13. Januar 2003
Mein Zeichen: azd75.doc

Flusskonferenz der Bundesregierung am 15.09.2002 in Berlin

Statement der Umweltverbände BUND, NABU, WWF und GREENPEACE

von Dr. Angelika Zahrnt (Vorsitzende des BUND)

Einleitung

Die deutliche Zunahme der Hochwasserereignisse in den letzten zwei Jahrzehnten und die verheerenden Hochwasser an Elbe und Donau führen uns klar vor Augen: Die Grenzen des technischen Flussausbaus und die Grenzen der Natur- und Umweltbelastung sind deutlich überschritten. Jetzt müssen wir umdenken, in vielen Bereichen: In der Flusspolitik, in der Siedlungspolitik, in der Landnutzungspolitik und in der Klimapolitik. Diese Konferenz ist ein erster Schritt in diese Richtung. Aber es darf nicht bei Lippenbekenntnissen und Statements – auch bei noch so hochrangigen Konferenzen – bleiben, es muss gehandelt werden.

Klimaschutz

Die Umweltverbände begrüßen, dass sich Bundeskanzler, Bundesregierung und Bundestag deutlich für die Notwendigkeit einer effektiven Klimaschutzpolitik ausgesprochen haben. Bundeskanzler Schröder hat sich beim Weltgipfel in Johannesburg mit einer beeindruckenden Rede zum Ausbau erneuerbarer Energien und zu einer Vorreiterrolle im Klimaschutz bekannt. Ich habe in Johannesburg die positive Resonanz der Staatengemeinschaft auf diese Rede erlebt. Wir erwarten von daher, dass die Bundesregierung die Reduktion der CO_2 Emissionen um 40% bis zum Jahr 2020 als Ziel festlegt und mit einem entsprechenden Klimaschutzprogramm unterlegt. Eine Reduktion in dieser Höhe muss auch das Ziel der EU sein. Für dieses ambitionierte bundesdeutsche Klimaschutzprogramm ist insbesondere notwendig: Die Fortsetzung

der ökologischen Steuer- und Finanzreform – auch wenn dies nicht populär ist – der Ausbau der regenerativen Energien, ein umfassendes Gebäudesanierungsprogramm und eine echte Wende in der Verkehrspolitik.

Flächenverbrauch

Handlungsbedarf besteht auch bei der Flächenversiegelung und zwar generell und nicht nur in den Flusstälern. Die drastische Reduzierung des Flächenverbrauchs, die jetzt täglich 130 ha beträgt, muss in der nächsten Legislaturperiode zu einem Schwerpunkt auf allen politischen Ebenen werden. Es geht darum, unzählige kleine Sünden in der Fläche zu stoppen, denn diese tragen in ihrer Summe gravierend zur Hochwassergefahr bei.

Hochwasservorsorge

Bei der Hochwasservorsorge ist eine Politik, welche die ökologischen Zusammenhänge ignoriert, eine Politik, die vor allem auf Eindeichung und technische Flussbaumaßnahmen setzt, schon lange nicht mehr zeitgemäß. Hochwasserschutz muss mit umfassendem Natur- und Umweltschutz Hand in Hand gehen. Unsere Flusslandschaft und Bachtäler müssen wieder in die Lage versetzt werden, größere Wassermengen zu speichern und langsam wieder abzugeben.

Es gibt bereits Konzepte und Pläne zur Schaffung natürlicher Überflutungsbereiche. Jedoch liegen sie nur allzu häufig und jahrelang in den Schubladen der Behörden. Sie müssen endlich umgesetzt und ergänzt werden. Notwendig sind Maßnahmen im gesamten Wassereinzugsgebiet der großen Ströme, die von der Rückverlegung der Deiche über Flussgewässerrenaturierung bis zur naturgerechten Landnutzung reichen.

Flusspolitik

Zentral für alle künftigen Überlegungen zur Flusspolitik ist die Frage, was Flüsse für uns bedeuten, welches Bild, welches Leitbild wir haben. Unsere Flüsse sind nicht nur Verkehrswege – sie lassen sich auf Dauer nicht ungestraft zu "Wasser-Autobahnen" degradieren. Flüsse gehen nicht nur den Verkehrsminister etwas an. Im "Wassereinzugsgebiet" liegen auch andere Ministerien – von daher begrüßen wir ausdrücklich die breite Beteiligung anderer Ressorts an dieser Konferenz. Wir müssen Flüsse ganzheitlich und vorrangig aus dem ökologischen Blickwinkel betrachten. Wir brauchen eine Flusspolitik der Nachhaltigkeit. Mit dieser Zielrichtung sind das Bundeswasserstraßengesetz, der Bundesverkehrswegeplan und die Landeswassergesetze zu reformieren!

Bis dahin muss für die letzten unverbauten Flussabschnitte ein sofortiger Planungs- und Ausbaustopp verhängt werden.

Beispiel Elbe

An der Elbe hat die Bundesregierung schnell reagiert. Die Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen sind eingestellt und sollten es bleiben. Das Gutachten des Umweltbundesamtes hat eindeutig festgestellt, dass diese Maßnahmen ökologisch und auch wirtschaftlich keinen Sinn machen. Wir müssen veraltete Pläne zu den historischen Akten legen und neue Konzepte entwickeln. Naturnahe Flüsse und ökologischer Hochwasserschutz müssen Vorrang vor kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen haben. Damit wird eine mehrjährige Forderung von Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Kreistagen und Kirchenparlamenten erfüllt.

Die Elbe muss zum Symbol einer neuen zukunftsfähigen Flusspolitik werden. Am Verzicht auf den Ausbau und die technische Instandhaltung der unteren Mittelelbe, insbesondere am Flussabschnitt bei Dömitz – werden wir die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung messen.

Die noch vorhandenen Hochwasserschutzpotentiale müssen genutzt werden, beispielsweise an der unteren Havel. Die 1996 in der Elbeerklärung versprochene Renaturierung der Havel muss vorgezogen werden und bereits 2003 – nicht erst 2008 – umgesetzt werden.

Wir begrüßen, dass die Umweltminister einen Hochwasseraktionsplan für die Elbe unter Mitwirkung von Tschechien bis Oktober 2003 vorsehen.

Aktionsprogramm für lebendige Flüsse

So sehr einzelne Flüsse jetzt im Mittelpunkt stehen und dort kurzfristig gehandelt werden muss, so ist doch die Flusspolitik umfassender anzugehen. Notwendig ist ein mittel- und langfristiges nationales Aktionsprogramm für die Wiederherstellung lebendiger Flüsse.

Bundesverkehrsminister Bodewig hat zu Recht von der Notwendigkeit eines "Masterplans" gesprochen. Dieser muss von einer Risikoanalyse (Folgen der Kanalisierung und Auenverlusten, Auswirkungen des Klimawandels) über konkrete Maßnahmen im Hochwasser- und Klimaschutz bis zur effektiven Planungs- und Verwaltungsstrukturen reichen. Diese vielleicht etwas abstrakt klingende Aufgabe ist für die Umsetzung von zentraler Bedeutung.

Neue Strukturen

Denn um die umfassenden Aufgaben einer ökologischen Hochwasservorsorge und Wiederherstellung lebendiger Flüsse mittel- und langfristig bewältigen zu können, sind klare Zuständigkeiten notwendig. Bund, Länder und Kommunen müssen eine gemeinsame Strategie entwickeln und umsetzen.

Ein notwendiger Schritt ist hierbei die Neuordnung der Wasserwirtschaft. Aus der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung muss eine handlungsfähige Bundeswasserbehörde werden, die für alle Flussgebiete ein ökologisches Leitbild erstellt und dieses nach einem fortzuschreibenden Bundesgewässerplan umsetzt.

Umweltministerien, Naturschutzbehörden und Umweltverbände müssen frühzeitig in alle Planungen an Flüssen einbezogen werden. Dies betrifft auch die sogenannten Unterhaltungsmaßnahmen, die ja gerade an der Elbe in den letzten Jahren zu erheblichen Konflikten geführt haben. Die Umweltverbände haben bereits umfangreiche Vorschläge und Konzepte entwickelt und beteiligen sich selbstverständlich an der Umsetzung.

Geeignete Instrumente verbinden

Eine wichtige Grundlage für eine Wende in der Flusspolitik ist die Verbindung bereits vorhandener Instrumente. Beispielsweise:

- Die europäische **Wasserrahmenrichtlinie** verfolgt länderübergreifend das Ziel, unsere Fließgewässer wieder in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen. Werden die Flüsse Deutschlands im Sinne der Richtlinien in ihrer Struktur- und Wassergüte verbessert (bis zur Güteklasse 2), so ist dies nicht nur ein nachhaltiger Ressourcenschutz, sondern auch aktiver Hochwasserschutz. Dafür müssen wir einheitliche und hohe Standards für ganz Deutschland schaffen.

- Die europäische **Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie** und das neue Bundesnaturschutzgesetz bieten gesetzliche Grundlagen, um Naturschutz und Hochwasserschutz zu verbinden, beispielsweise die Aufnahme ökologisch wertvoller Flussabschnitte in den bundesweiten Biotopverbund.

Fazit

Wenn wir in Zukunft weitere Hochwasserkatastrophen verhindern wollen,

- müssen an allen Flüssen naturgerechte Schutzmaßnahmen Vorrang vor anderen Nutzungen und technischen Lösungen erhalten,
- müssen *alle* Flussausbauten für die Schifffahrt auf den ökologischen und wirtschaftlichen Prüfstand,

- dürfen Ausgleichsmaßnahmen nicht dazu missbraucht werden, einen weiteren Ausbau unserer Flüsse zu legitimieren,
- muss die Binnenschifffahrt den natürlichen Bedingungen der Flüsse angepasst werden und nicht umgekehrt,
- müssen wir Schluss machen mit der weiteren Versiegelung der Landschaft,
- müssen Agrarwende und Klimaschutz verstärkt vorangetrieben werden,
- müssen wir anstatt wirtschaftlich unrentablen Flussausbauten ein umfassendes Aktionsprogramm für lebende Flüsse entwickeln.

Sehr geehrte Damen und Herren,

jetzt ist die Zeit zum Umdenken und Handeln. Ich hoffe, dass diese Flusskonferenz dazu beiträgt. Die Statements der Bundesregierung klangen heute positiv – die Flutkatastrophe an der Elbe hat Einsichten befördert. Wir hoffen, dass diese Einsichten nachhaltig wirken und nicht – wie nach dem Oderhochwasser – schnell wieder in Vergessenheit geraten. "Flüsse brauchen mehr Raum" hat Herr Bundesverkehrsminister Bodewig heute nach dem Elbhochwasser gesagt. "Flüsse brauchen mehr Raum" hat der damalige Bundeskanzler Kohl nach dem Oderhochwasser 1997 gesagt.